

PAUKOS im Gespräch mit Prof. Dr. Klaus J. Bade

PAUKOS: Die Ausschreitungen in Frankreichs Vorstädten haben in Deutschland zu unterschiedlichen Reaktionen geführt. Viele Politiker und Kommentatoren äußerten die Besorgnis der Entstehung ähnlicher gewaltsamer Proteste von Jugendlichen in Deutschland. Jörg Schönbohm, Innenminister in Brandenburg, hat in einem Interview mit der NOZ vom 5.11. vor ähnlichen Ereignissen in Deutschland mit dem Hinweis gewarnt, "dass es gerade in Großstädten zum Beispiel eine hohe Zahl von Türkischstämmigen gäbe, die auch in zweiter und dritter Generation in Deutschland nicht integriert seien". Nach seiner Auffassung sind Sprachdefizite und mangelnde Schulabschlüsse bei dieser Gruppe besonders problematisch. Sind Sprachkurse und eine gute Schulausbildung ausreichende Integrationsmaßnahmen?

Prof. Klaus Bade: Zunächst einmal würde ich nicht ständig auf Defiziten bei der Zweiten Generation der Einwanderer türkischer Herkunft herumhacken. Es gibt solche Defizite auch bei anderen Gruppen. Und dabei geht es nicht nur um Sprachkenntnisse und Ausbildungsdefizite, sondern z.B. auch um die Gewaltbereitschaft von Jugendlichen, die etwa bei Spätaussiedlern mit gut 6 Prozent rund doppelt so hoch liegt wie bei Deutschen ohne Migrationshintergrund (knapp 3 Prozent). Man kann dann wiederum sagen, dass die Jugendlichen türkischer Herkunft hier an der Spitze liegen (knapp über 10 Prozent noch vor den Jugendlichen ex-jugoslawischer Herkunft mit ca. 8 Prozent), aber sie sind eben auch mit diesen Auffälligkeiten nicht allein. Sprachkurse und eine gute Schulausbildung sind entscheidende, aber nicht ausreichende Integrationsmaßnahmen. Es geht auch um die Förderung sozialer Kompetenz, also der Kommunikationsfähigkeit im weitesten Sinne, und um Zugänge zum Arbeitsmarkt, was nicht gleichbedeutend sein kann mit der Garantie eines Arbeitsplatzes, aber gleichbedeutend sein muss mit der Einführung in die Spielregeln und in die Regelsysteme, die man für die Suche nach einem Arbeitsplatz kennen sollte.

PAUKOS: Gibt es Versäumnisse in der deutschen Integrationspolitik?

Prof. Klaus Bade: Es gibt eine Menge Versäumnisse und es ist nicht so, dass nicht frühzeitig darauf hingewiesen worden wäre: Ich selbst habe Anfang der 1980er Jahre bereits ein Gesetzgebungspaket zur Migrationssteuerung und Integrationsförderung verlangt und bin deswegen von nicht wenigen



Politikern geradezu höhnisch ausgelacht worden. Heute lacht keiner mehr von denen, deren Haltung

Foto: Erich Malter

ich damals als ‚demonstrative Erkenntnisverweigerung‘ bezeichnet habe. Es möchte sich aber auch keiner gerne an sein Gelächter von damals erinnern lassen. Besserwisser sind bekanntlich nur dann beliebt, wenn sie des Irrtums überführt werden können, und ich habe mich nicht geirrt. Kurz gesagt: Hätten wir Anfang der 1980er Jahre oder noch besser schon zusammen mit dem ‚Anwerbestopp‘ von 1973 im Sinne des heute gültigen Prinzips ‚Fördern und Fordern‘ die Eingliederungshilfen angeboten, die heute für selbstverständlich gehalten werden, und zugleich erkennbare eigene Integrationsbemühungen (auch im Blick auf die berufliche Qualifikation) zur Bedingung gemacht, dann wäre dieser Einwanderungsgesellschaft vieles erspart geblieben, das ex post zu korrigieren heute sehr viel kostspieliger bzw. kaum mehr bezahlbar geworden ist.

Ich fordere seit einiger Zeit dreierlei Formen von Integrationspolitik: Präventive Integrationspolitik für Zuwanderer in geregelten Zuwanderungssystemen, wie Spätaussiedler und Juden aus der GUS: Die könnten sich während der nicht selten jahrelangen Bearbeitungszeit ihrer Anträge mit Hilfe deutscher Fernkurse auf die Integration vorbereiten – von den Sprachkursen bis zur Vorbereitung auf die in vielen Fällen nötigen Ergänzungsausbildungen zur Anerkennung ihrer beruflichen Abschlüsse. Dann folgen die im Zuwanderungsgesetz vorgesehenen Maß-

nahmen, also vor allem die Integrationskurse. Ich nenne das begleitende Integrationspolitik. Den dritten Bereich habe ich nachholende Integrationspolitik genannt - natürlich nicht ‚nachholende Integration‘, das ist eine politische Verballhornung meines Begriffs, der mit seiner falschen Übernahme in die Regierungserklärung von Altbundeskanzler Gerhard Schröder begann. Da hatte ein Redenschreiber geschlafen.

Es geht dabei darum, dass die Integrationsdiskussion einen Denkfehler hat: Einerseits wird kritisiert, dass die Integration nicht zureichend sei, womit natürlich nur diejenigen gemeint sein können, die schon in der Bundesrepublik leben. Andererseits wird Geld vorrangig für die ‚Erstintegration‘ aufgewendet, und die ‚Bestandsausländer‘ sollen nur dann berücksichtigt werden, wenn dabei Geld übrig bleibt. Das ist nicht genug. Es muss in Sachen nachholender Integrationspolitik auch direkt in den Bereich der Bevölkerung mit Migrationshintergrund investiert werden. Noch ist es nicht zu spät.

PAUKOS: *In einem Interview mit Frankfurter Rundschau vom 15.11. hat die amerikanische Soziologin Saskia Sassen darauf verwiesen, dass nicht die mangelnde Integration die Ursache der Proteste sei, sondern die Marginalisierung der Bewohner städtischer Randgebiete. Sie seien auch ein Ausdruck der Begrenztheit der politischen Möglichkeiten dieser Gruppe. Also kein Migrationsproblem?*

Prof. Klaus Bade: Im Blick auf die französischen Verhältnisse hat Saskia Sassen Recht. Für die deutschen Verhältnisse passt ihre Antwort überhaupt nicht, weil es hier nicht um die Marginalisierung von Bewohnern städtischer Randgebiete geht wie in Frankreich: Dort handelt es sich bei den suburbanen Ghetto-Bewohnern der zweiten Generation, die aus dem Maghreb sowie aus den ehemaligen schwarzafrikanischen Kolonien stammen, um muslimische Franzosen, die mit falschen Mitteln



gegen ihre Ausgrenzung, Benachteiligung und Diskriminierung protestieren.

In Deutschland handelt es sich bei den meisten jungen Menschen, bei denen Integrationsdefizite insbesondere im sprachlichen, schulischen und beruflichen Bereich zu verzeichnen sind, nach wie vor um Ausländer. Sie leben in der Regel in multiethnisch strukturierten Wohnvierteln innerhalb von Großstädten, die manchmal eine geradezu kietzige Binnenstruktur haben, mitunter aber auch soziale Brennpunkte werden, wenn ethnische und soziale Probleme sich gegenseitig verschärfen. In beiden Fällen aber handelt es sich um ein Migrationsproblem, denn auch die in den französischen Vorstadt-Ghettos wohnenden ‚beurs‘ sind Kinder von Migranten.

PAUKOS: *Herr Professor Bade, Sie haben in einem Artikel im Mitteilungsblatt der IHK darauf verwiesen, dass der Bedarf an Zuwanderung nach Deutschland noch wachsen werde. Sie begründen dies mit dem ab 2010 zu erwartenden demographischen Engpässen am Arbeitsmarkt (IHK Wirtschaft Osnabrück-Emsland 7/05 - Seite 76). Der Sachverständigenrat für Zuwanderung fordert in seinem Jahresbericht 2004, dass nun Konzepte "entwickelt werden, die der gewachsenen Bedeutung von Vielfalt in unserer Gesellschaft Rechnung tragen". Welche Maßnahmen/Aktionen müssen nach Ihrer Meinung vorrangig Bestandteil dieser Konzepte sein?*

Prof. Klaus Bade: Es geht nicht um Zuwanderung als solche, sondern um eine möglichst passfähige Zuwanderung jenseits der aus humanitären Gründen zu akzeptierenden Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylsuchenden. Hier sind aber die Steuerungsmöglichkeiten viel begrenzter als das meist vermutet wird wegen der relativ hohen Zuwanderungen mit Bleibeabsicht unter dem Schutz unserer Gesetze, bei denen der Familiennachzug an erster Stelle steht.- Die kulturelle Vielfalt nimmt über die Geburtenraten zu. Die Zuwandererbevölkerung braucht klare Orientierungsperspektiven für die Grundwerte dieser Einwanderungsgesellschaft, die sich ihrerseits einüben muss in den Umgang mit kultureller Vielfalt; denn Integration ist keine Einbahnstraße, sondern auch ein wechselseitiger Prozess.

PAUKOS: *Was muss sich im Bildungssystem ändern, damit die Integration auch erfolgreich wird?*

Prof. Klaus Bade: Unser Bildungssystem sollte nicht unnötig schlecht geredet werden. Vor allen Dingen sollten unsere Lehrer, die häufig extremen Belastungen ausgesetzt sind, nicht ständig kritisiert, sondern besser unterstützt werden: Gerade in sozialen Brennpunkten brauchen wir kleinere

Klassen und mehr Lehrer. Schüler sollten weniger an Sonderschulen und Sonderschullehrer sollten mehr, z.B. nachmittags, an die regulären Schulen versetzt werden. Dann wird es besser möglich sein, nicht nur gleiche Leistungen gleich zu bewerten, sondern auch auf den mitunter sehr ungleichen sozialen



Hintergrund zu achten, vor dem diese Leistungen erbracht werden oder eben nicht erbracht werden können.

PAUKOS: Jörg Schönbohm hat in dem Interview mit der NOZ für eine Wiederbelebung der Leitkultur-Debatte plädiert. In Deutschland müsse eine Diskussion über die Frage "Who are we?" geführt werden. Brauchen wir eine Leitkultur bzw. eine neue Debatte über eine Leitkultur?

Prof. Klaus Bade: Hier bin ich, auch mit dem neuen Bundestagspräsidenten, sehr einverstanden: Wir brauchen klare Leitorientierungen – aber im Plural, nämlich für die Einwanderer, die wissen müssen, wie es um die Grundwerte dieser Einwanderungsgesellschaft steht, aber auch für die Mehrheitsgesellschaft ohne Migrationshintergrund, die sich etwas intensiver mit den Spielregeln der Einwanderungsgesellschaft befassen muss, die nämlich nicht nur bedeuten, abzuwarten, dass sich immer nur die jeweils Andere einseitig anpassen. Man muss schon selbst auch ein bisschen offen sein für den Umgang mit der sozialen und kulturellen Herausforderung, die Einwanderung immer für beide Seiten ist.

PAUKOS: Herr Professor Bade, wir danken für dieses Gespräch.

Die Fragen stellte Henrik Peitsch

Der Historiker Prof. Dr. Klaus J. Bade ist Vorstand des interdisziplinären Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück.
www.kjbade.de